



Kurzb e r i c h t

über die

*71. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 3. September 2014,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss nahm folgende Berichte entgegen, denen sich jeweils Aussprachen anschlossen:

- **Bericht des Innenministers über den Sachstand der Erarbeitung eines Strategiekonzeptes „Standardisierte Sachbearbeitung in einfach gelagerten Fällen durch Tarifbeschäftigte in der Kriminalitätsbekämpfung sowie über die geplante Umsetzung“**
Antrag der Abg. Astrid Damerow (CDU) - [Umdruck 18/3169](#)
- **Bericht der Ministerin für Justiz, Kultur und Europa über die aktuelle Situation der Abschiebungshafteinrichtung Rendsburg und die Planungen der Landesregierung bezüglich des weiteren Betriebs der Einrichtung**
Antrag der Abg. Astrid Damerow (CDU) - [Umdruck 18/3160](#)
- **Bericht der Ministerin für Justiz, Kultur und Europa über die Frühjahrskonferenz der Justizministerinnen und -minister in Binz auf Rügen**
[Umdruck 18/3216](#)
- **Bericht der Ministerin für Justiz, Kultur und Europa zur Personalsituation in den Justizvollzugsanstalten**
[Umdruck 18/3216](#)

Der Ausschuss schloss seine Beratungen zum Antrag der Fraktion der PIRATEN, **Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit infolge des Optionszwangs durch landesweite Weisung des Innenministers verhindern**, Drucksache 18/2063, ab. Mit den Stimmen von CDU, SPD,

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimme der PIRATEN bei Enthaltung der Stimme der FDP empfahl er dem Landtag die Ablehnung des Antrags.

Die Ausschussmitglieder beschlossen, zum Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN zur **Änderung des Gesetzes über Kosten im Bereich der Justizverwaltung**, Drucksache 18/2106, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Anzuhörenden sollen innerhalb von zwei Wochen gegenüber der Geschäftsführerin des Ausschusses benannt werden.

Der Ausschuss führte außerdem eine Anhörung von Vertretern der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein und des Medienrates im Zusammen mit dem Entwurf zum **5. Medienänderungsstaatsvertrag Hamburg/Schleswig-Holstein** durch. Hieran schloss sich eine ausführliche Aussprache an.

Der Tagesordnungspunkt **Psychisch-Kranken-Gesetzes/Maßregelvollzugsgesetz**, Gesetzentwürfe der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/606, und der Landesregierung, Drucksache 18/1363, wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Ausschuss legte seine **Sitzungstermine** für das Jahr **2015**, Umdruck 18/3231 (neu), fest.

Terminplanung:

Donnerstag, 11. September 2014,
9:45 Uhr

Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses
(Änderung des Landeswahlgesetzes, Drucksache 18/2218)

Mittwoch, 17. September 2014,
10:00 Uhr (ganztägig)

gemeinsame Sitzung mit dem Finanzausschuss
(mündliche Anhörung zum KFA)

Montag, 29. September 2014,
11:00 und 14:00 Uhr

Haushaltsberatungen

Mittwoch, 1. Oktober 2014,
14:00 Uhr

reguläre Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses

Schluss: 18:25 Uhr

gez. Dörte Schönfelder